

Impulse für die Fortschreibung der Berliner Engagementstrategie ab 2026

PRÄAMBEL

Für die Fortschreibung der Berliner Engagementstrategie 2020–2025 schlagen wir als Zivilgesellschaft eine Konkretisierung der bestehenden Ausrichtung vor. Die Idee ist, mit drei Kategorien ein schlankes und leicht zu operationalisierendes Set zu schaffen, mit dem wir in Berlin arbeiten können:

1. **Engagement für alle zugänglich machen**
2. **Zeit und Raum für Engagement schaffen**
3. **Engagement zukunftsfähig stärken**

Der Schwerpunkt liegt für uns dabei auf der Umsetzung, und wir empfehlen, nicht abschließend, konkrete Maßnahmen. Diese sind teilweise bereits in Anwendung, teilweise noch nicht. Die Maßnahmen sollen dringend weiter oder auch neu gefördert werden.

Mit den nachfolgenden Forderungen an Politik und Verwaltung wird ermöglicht, dass zivilgesellschaftliches Engagement krisensicher und demokratiestärkend seine Wirkung entfalten kann. Beispielhaft sind den Forderungen konkrete Maßnahmen zugeordnet; weitere Beispiele veranschaulichen diese im Anhang.

Diese Maßnahmen **werden kontinuierlich fortgeschrieben und fortlaufend mit Politik und Verwaltung transparent kommuniziert**. Diese Rückkopplung gilt als konkrete Gestaltung eines demokratischen Diskurses, den wir in diesen Zeiten nötig brauchen.

Für eine kontinuierliche Ergänzung nutzen wir jeweils die Expertise der Projekte, die dafür verantwortlich zeichnen. Das LNBE koordiniert und vernetzt Projekte, die demokratische Prozesse begünstigen, bereichern und sich so sehr vorteilhaft auf die Demokratie im Allgemeinen auswirken. Damit wird eine Idee vermittelt, die der zunehmenden Individualisierung ein Narrativ entgegensetzt. Es gilt, den Gemeinsinn wiederherzustellen und als sinnstiftende Erzählung erfahrbar zu machen: damit Engagierte sich selbstwirksam erleben und gesellschaftlich einen Unterschied machen können. Unser Begriff von Demokratie richtet sich gegen ausgrenzende und polarisierende Ansätze aus dem rechten Spektrum und stellt Gemeinwohl, Gemeinsinn und Inklusion in den Mittelpunkt. Mit unserem Engagement nehmen wir unsere Verantwortung für eine offene Gesellschaft wahr und arbeiten in diesem Sinne mit unseren jeweiligen Schwerpunkten.

Engagement muss konsequent inklusiv gedacht werden, dabei verstehen wir Inklusion als einen umfassenden Begriff, der ermöglicht, sozial-ökonomische Konfliktlinien zu benennen und sie nicht weiter zu still geduldeten oder unsichtbaren Ausschlusskriterien zu machen.¹ Das Bemühen um inklusive Strukturen ist ein Gradmesser für unsere Demokratie; gerade in Zeiten von gesellschaftlichen Ausgrenzungen im öffentlichen Diskurs, aber auch in Zeiten der Sparmaßnahmen ist es zentral wichtig, die noch nicht vollständig umgesetzte Inklusion voranzubringen, mit allem Nachdruck und aller Konsequenz und auch mit der notwendigen Reflexion eigener Privilegien.

¹ Als die großen Konfliktlinien kann man mit Rainald Manthe und Steffen Mau die sich verschärfenden Gegensätze von Arm und Reich, von migrantisch- und nicht-migrantischem Hintergrund, zwischen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft sowie von Klimaschutz betrachten.

1. Engagement für alle zugänglich machen

Maßnahmen

- a. Auf der 2. **Berliner Engagementkonferenz im November 2024** hat das Landesnetzwerk mit einem inklusiven Konferenzformat erprobt, möglichst viele Menschen aus unterrepräsentierten Gruppen teilhaben zu lassen – Menschen mit Fluchterfahrung, von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffene oder bedrohte Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen. Diese Formate sind herausfordernd in der Organisation und im Ablauf und müssen noch weiter ausreifen, um zu Routineformaten werden zu können. Um diese Formate weiter zu professionalisieren und sicherzustellen, dass es eine breitere Beteiligung der Zivilgesellschaft gibt, brauchen wir geeignete Ressourcen, wie **eine verlässliche Förderung des Projekts „Lernort Zivilgesellschaft“** im LNBE, sowie die **weitere Förderung der Koordinationsstelle des LNBE**.
- b. Aus dem Arbeitskreis **Inklusion und Teilhabe** liegt bereits ein Papier zu Barrierefreiheit vor, mit dem wir im LNBE die bestehenden Punkte der Engagementstrategie erweitert haben. Die Forderungen, die hier aufgestellt wurden, legen wir an dieser Stelle nochmals vor und bekräftigen sie hiermit. (*Vollständiger Text im Anhang unter Nummer 1*). Wir fordern das Land Berlin auf, ein **niedrigschwelliges Förderprogramm aufzulegen** damit sowohl Einzelpersonen wie auch gemeinnützige Einrichtungen Unterstützungsleistungen wie Dolmetschen (Gebärdensprache, Schriftsprache, Leichte Sprache) beantragen können. Auch die Assistenz für Menschen mit Behinderungen in der Interessenvertretung und der Gremienarbeit sowie in Vorständen kann so geschaffen werden.
- c. Wir fordern die Unterstützung und Anerkennung von vielfältigem Engagement der Zivilgesellschaft und ein Bekenntnis zu Diversität und unterschiedlichen kulturellen Werten. Das LNBE adressiert aktiv migrantische und Geflüchteten-Organisationen für die Gestaltung zivilgesellschaftlichen Engagements aus eigener Perspektive. Weitere unterstützende Angebote finden sich in den Angeboten der **Landesfreiwilligenagentur Berlin** zu Diversitätsorientierung und das Beratungsforum Engagement für Geflüchtete. Auch im „Lernort Zivilgesellschaft“ finden sich Fortbildungen zu DEIB (Diversität, Gleichstellung, Inklusion und Zugehörigkeit). **Wir fordern die Sicherstellung dieser Angebote, die auch eine kontinuierliche Sondierung von Bedarfen beinhalten**. Das Landesprogramm Integrationslots:innen beispielsweise soll weiterhin einheitlich und zuverlässig Ansprechpartner:innen und Lots:innen vorhalten.

- d. **Engagementbeauftragte in den Bezirksämtern** können als verlässliche Ansprechpartner:innen zwischen lokaler Verwaltung und Zivilgesellschaft dienen, die Wissen teilen, Zugang und Kontakte pflegen. Dabei sollten in allen Bezirken gleiche Strukturen angestrebt werden. Wenn in allen Bezirken diese Ansprechpartner:innen gleich definiert sind, die gleiche Anbindung und das gleiche Arbeitszeitkontingent haben, können sie berlinweit eine wichtige Scharnierfunktion für Engagierte übernehmen. Möchte man sich etwa nicht an seinem Wohnort, sondern in einem Projekt in einem anderen Stadtteil engagieren, findet man sich in unterschiedlichen Bezirken gleichermaßen gut zurecht.
- e. Die **bezirklichen Freiwilligenagenturen** sind ein strukturell unerlässliches Element in der Berliner Engagementförderung, deren kontinuierliche und nachhaltige Arbeit nicht durch Kürzungen gefährdet werden darf! In jedem Bezirk muss es eine Freiwilligenagentur geben, Raumangebote für Ehrenamtliche, kostenfreie Fortbildungsangebote – hier kann auch im Rahmen des „Lernorts Zivilgesellschaft“ ergänzt werden. Der Interessensverband der Freiwilligenagenturen, die **Lagfa** vernetzt und entwickelt die bezirklichen Freiwilligenagenturen weiter, und **muss strukturell abgesichert sein**, damit die Vernetzung nicht nach dem Prinzip der Zufälligkeit passiert.
- f. **Freiwilligendienste stärken** – wir fordern das Land Berlin auf, die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste zu verbessern, die Vielfalt der Engagementformen zu fördern, und die Qualität der Freiwilligendienste durch Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote sicherzustellen, so wie von der *Initiative Recht auf Freiwilligendienst* (Dienstformat- und verbändeübergreifender Zusammenschluss der Freiwilligendienste) formuliert.²

² <https://www.rechtauffreiwilligendienst.de/>

2. Zeit und Raum für Engagement schaffen

2.1 Maßnahmen (Zeit):

- a. **Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Care-Arbeit und Engagement soll verbessert werden:** Arbeitgeber:innen spielen eine entscheidende Rolle bei der Ermöglichung freiwilligen Engagements. Anreize für die Engagementfreundlichkeit von Organisationen und gesetzliche Grundlagen zu Freistellungsansprüchen und Bildungsurlaub sind herzustellen, um Engagement vereinbar und durchführbar zu machen. Wir können uns vorstellen, dass der öffentliche Dienst hier mit Modellprojekten vorangeht und Termine für Engagement während der Arbeitszeit ermöglicht. *(Konkrete Vorschläge im Anhang unter Nummer 2)*. Einsätze, die nicht verschiebbar sind, wie im Katastrophenschutz, kontinuierliche Einsätze, wie in der Unterstützung von Menschen mit Behinderung oder einmalige Veranstaltungen bspw. im Kinder- und Jugendsport bedürfen gesetzlicher Absicherung in Form von Freistellungsmöglichkeiten sowie der Anerkennung von Arbeitgeber:innen.

Weiterbildungen im Kontext des Engagements sollen von Arbeitgeber:innen gefördert werden und bedürfen des Anspruchs auf Bildungsurlaub.

- b. **Organisationsentwicklung in Verbänden und Vereinen in Richtung Offenheit für neue Engagementformen (z.B. Kurzzeitmanagement) muss gefördert werden und es sollten Fortbildungen konzipiert und finanziert werden:** Ehrenamt ist immer in Bewegung und Lebensumstände ändern sich. Organisationen der Sozialwirtschaft, im Sport, Kultur und der Engagementszene müssen lernen, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen, flexible Angebote schaffen und Wissenstransfer aktiv steuern. „Kurzzeitengagement“, „Social Days“ und „digitales Engagement“ und Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen können Mehrwerte bieten, wenn sie inhaltlich und strategisch gut aufgesetzt sind. Dies erfordert eine Anpassung der Organisationen, die durch Fortbildungen unterstützt werden muss, hierfür bedarf es Konzepte und einer gesicherten Finanzierung. Veränderungen im Engagement bei den Engagierten bedingen auch kontinuierliche Anpassungen bei den Organisationen.

2.2. Maßnahmen (Räume):

- a. Das Land Berlin soll ehrenamtliches Engagement unterstützen durch die **vergünstigte oder kostenlose Bereitstellung von Räumen** (landeseigene Immobilien/oder anmieten/oder neu bauen). Hierzu soll ein entsprechender Pool geschaffen werden mit zunächst mindestens 100 Objekten, die für gemeinnützige Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Bei Neubau muss immer ausreichend Platz für Engagement mitgedacht werden, um kulturelle, sportliche und soziale Bedarfe in neuen Nachbarschaften bedienen zu können. Hierzu zählen Sitzungsräume für ehrenamtliche Tätigkeit, sowie Räume für kleine Veranstaltungen, Sport in kleinen Gruppen oder für Kultur und Musik, gegebenenfalls auch shared-desks für gemeinwohlorientierte Organisationen.
- b. **Das Land Berlin soll Flächen für Engagement zur Verfügung stellen. Es gibt Bedarf an einem Flächenpool, um ökologisches Engagement umzusetzen.**

Gemeinschaftsgärten, Naturerfahrungsräume und Biotope, in denen Wildnis erlebt werden kann, fördern die Gesundheit und Naturverbundenheit der Stadtbevölkerung. Engagierten den Zugang zu Flächen zu ermöglichen, ist von zentraler Bedeutung für die ökologische Aufwertung der Stadtnatur sowie für die Bewusstseinsbildung für den Wert biologischer Vielfalt.

3. Engagement zukunftsfähig stärken

Maßnahmen

3.1. Anpassungsfähigkeit und Resilienz von Organisationen sicherstellen!

- a. In Krisenzeiten springt häufig die Zivilgesellschaft ein. Es muss dynamisch-robuste Strukturen geben, die in den Zeiten, in denen keine akute Krise zu bewältigen ist, aufgebaut und gepflegt werden müssen. Organisationen der Zivilgesellschaft müssen sich gut aufstellen können, damit sie auch in Krisenzeiten handlungsfähig bleiben. Resilienz der Organisationen heißt auch („bounce forward“) **Vernetzungsformate auszubauen, um die Zusammenarbeit im Krisenfall von Zivilgesellschaft, Hilfsorganisationen und staatlichem Katastrophenschutz durch gute rechtliche und politische Rahmenbedingungen zu unterfüttern.** Konkrete Formate sollen gemeinsam erarbeitet bzw. erweitert, gefestigt und vertieft werden. Beispielhaft hierfür agiert bereits „KriSta“, der *Krisenstab der Zivilgesellschaft Berlin*, entstanden auf der Basis des Netzwerks der Wärme, das das Ziel verfolgte, Berliner Bürger:innen in der Zeit der Verteuerung der Lebenshaltungs- und Energiekosten zu unterstützen. Oder auch die *Umsetzungsallianz Nachhaltiges Berlin*; Mitte 2024 von Britta Behrendt ins Leben gerufen, schafft diese Allianz eine Plattform für Austausch und Dialog, um die UN Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen. (*Weitere Hinweise im Anhang unter Nummer 3*)
- b. Resilienz der Organisationen heißt auch, **eigene Strukturen umbauen zu können, um agil und flexibel mit dem Engagement der Menschen umgehen zu können.** Aus den Umbrüchen, denen Engagement ausgesetzt ist, etwa gesellschaftliche und politische Krisen, demografischer Wandel, gesellschaftlicher Wandel, individuelle Umbrüche nach Lebensphasen, z.B. nach der Schule, Eintritt ins Rentenalter, Umgang mit Einsamkeit, folgen direkt Probleme für längerfristiges und nachhaltiges Engagement. So ist etwa die Situation in großen Hilfs-Organisationen die, dass es kein Problem ist, neue engagierte Menschen zu gewinnen, sehr wohl aber, Engagierte zu halten und langfristig zu binden, um auch den Wissensstand zu halten. Dort, wo sich Organisationen aufmachen, sich den Herausforderungen zu stellen und sich zu verändern, müssen entsprechende **Organisationsentwicklungsmaßnahmen finanziert werden.**
- c. **Resilienz von Freiwilligen/Freiwilligenkoordinator:innen muss gesichert sein** – analog zur Öffnung der Organisationen und Anreizen für Engagement muss auch auf die Bedürfnisse und Grenzen der engagierten und ehrenamtlichen Menschen

eingegangen werden; die Überforderung und das Ausbrennen einzelner in Zeiten multipler Krisen ist eine Gefahr, die aktiv minimiert werden muss. Dazu braucht es unterstützende Strukturen, etwa eine Supervisionsstruktur, die in den Freiwilligenagenturen verbindlich angesiedelt und es sollte mehr Beratungsstellen für Ehrenamtliche geben (*Beispiele im Anhang unter Nummer 4*).

- d. **Resilienz der Stadt (-Natur) sicherstellen! Ökologisches Wissen und Handeln im Engagement muss gefördert werden** – Wir sehen die Notwendigkeit Beratungs-, Bildungs- und Umsetzungsangebote zu Nachhaltigkeit, Klima-, Umwelt- und Naturschutz für zivilgesellschaftliche Organisationen zu fördern. Das Land Berlin soll dafür sorgen, dass mehr und weitgehend kostenlose Angebote dieser Art ermöglicht werden. Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle im **Berlin Urban Nature Pact**. Sie ist nicht nur ein wichtiger Akteur bei der Umsetzung des Paktes, sondern auch ein wichtiger Impuls- und Ideengeber. Deshalb fordern wir, das LNBE umfassend in die nächsten Schritte bei der Umsetzung des Berlin Urban Nature Pacts einzubeziehen und diesbezüglich arbeitsfähig zu machen. (*Beispiele im Anhang unter Nummer 5*)
- e. **Resilienz der Demokratie befördern!** Wir sehen die Notwendigkeit von politischer Bildung, von Schulung der Dialogfähigkeit, aber auch von verbesserter Konfliktfähigkeit bis hin zu einem sicheren Umgang mit Hass und Hetze, zum Schutz von Engagierten und Ehrenamtlichen. Der „Lernort Zivilgesellschaft“ verstärkt, vernetzt und verknüpft Bildungsangebote zu diesen und weiteren Bestandteilen demokratischer Bildung. Hier sind **kontinuierliche Weiterentwicklungen von Formaten zu finanzieren**, um auch das Lernen voneinander sicher zu stellen.
- f. **Kulturelles Engagement als Beförderer der Demokratieentwicklung stärken**, da es Zusammenhalt durch Teilhabe ermöglicht und identitätsstiftend wirkt. Ihre Vereine sind niedrigschwellige Lernorte für Demokratie, bürgerschaftliche Mitverantwortung und persönlicher Selbstwirksamkeit und tragen damit zur Standortqualität der Stadt bei. Ihre Existenz muss langfristig gesichert und ihr Wirken gestärkt werden. (*Ergänzung im Anhang unter Nummer 6*)

3.2. Digitale Transformation und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Engagement aktiv und kritisch begleiten.

- a. **Digitale Zugänglichkeit für alle sicherstellen** – dieser Punkt wird auch unter den Ergänzungen zu „Inklusion und Teilhabe“ behandelt. (*Siehe Anhang unter Nummer 1*)

- b. Das Förderprogramm für Schulungen und die Beratung zu digitalem Engagement ist mit dem Projekt **Digital Vereint** vorerst beendet. Als Innovationslabor hat *Digital Vereint* innovative Ideen und akute Bedarfe in Berlin aufgegriffen und agile Lösungsansätze entwickelt. Bei der Gestaltung des Nachfolgeprojekts „**Berliner Engagementplattform**“ sollen die Bedarfe der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden, um zu gewährleisten, dass die Plattform der angestrebten Unterstützung der Zivilgesellschaft dient sowie Nutzung und Verbreitung erfolgen. Das LNBE ist in den Prozess der Gestaltung kontinuierlich einzubeziehen.
- c. **Chancen und Risiken von Künstlicher Intelligenz – Schulungen sind unbedingt nötig und müssen finanziert werden.** Politik und Verwaltung müssen sicherstellen, dass flächendeckende und finanzierte Schulungen zur Nutzung und Einordnung von Künstlicher Intelligenz für die engagierte Zivilgesellschaft bereitgestellt werden. Diese Schulungen müssen sowohl die eigene Anwendung von KI als auch den kritischen Umgang mit KI-generierten Inhalten, einschließlich der Erkennung von Fake News, umfassen. Zudem ist die Entwicklung eines umfassenden Konzepts zum sinnvollen Einsatz von KI im gesellschaftlichen Engagement erforderlich, um Chancen zu nutzen und Risiken zu minimieren.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND WEITERE SCHRITTE IM PROZESS

Dem Engagement ermöglichen, für den Erhalt unserer Demokratie Verantwortung zu übernehmen!

Diese Schlussfolgerung ist von zentraler Bedeutung, da sie die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Dialogs und einer nachhaltigen, strukturellen Verankerung von Engagement in die politische und gesellschaftliche Entwicklung Berlins betont. Engagement ist kein kurzfristiges Projekt, sondern eine dauerhafte Aufgabe, die Planungssicherheit, verlässliche Finanzierung und strategische Zusammenarbeit erfordert. Das Landesdemokratiefördergesetz sehen wir als einen wichtigen Meilenstein, um die Planungssicherheit zu gewährleisten, über Stand und transparenter Fortgang des Verfahrens ist essentiell.

- a. **Wir erwarten von Politik und Verwaltung eine nachhaltige Planung von Engagement** – Eine gute Förderpraxis führt dazu, dass die Zivilgesellschaft besser planen und arbeiten kann. Wir empfehlen mit Nachdruck eine Vergabep Praxis, die sich erkenn- und nachvollziehbar nach Wirkungslogik und Nachhaltigkeitskriterien richtet. Entsprechend kann die Zivilgesellschaft ihrerseits Projekte leichter auf Wirkung und Nachhaltigkeit ausrichten.
- b. **Wir fordern eine gemeinsame Planung von Prozessen in der Engagementförderung**, damit wir von der Seite der Zivilgesellschaft Planungssicherheit haben, und durch Kontinuität langfristige Wirksamkeit und Nachhaltigkeit adressieren können. Geförderte Maßnahmen sollen ein kontinuierliches Monitoring erfahren und mit den realen Bedarfen der Zivilgesellschaft abgeglichen werden.
- c. Projekte und Organisationen, **die Demokratie fördern**, müssen konkret unterstützt werden. Die Beispiele aus verschiedenen Engagementfeldern werden kontinuierlich weiter gesammelt.
- d. Die **Berliner Charta für bürgerschaftliches Engagement** muss als handlungsleitendes Moment sichtbar werden. Wir fordern ein **Budget für eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit** hierzu, um zugleich auch die Unterzeichnenden sichtbar zu machen und neue Unterzeichnende hinzuzugewinnen.

Dieser Forderungs- und Maßnahmenkatalog ist nicht als abgeschlossener Plan zu verstehen, sondern als Ausgangspunkt für einen fortlaufenden, offenen und partizipativen Prozess. Die Zivilgesellschaft muss kontinuierlich in die Entwicklung der Engagementstrategie eingebunden werden, um eine dynamische Anpassung an gesellschaftliche Herausforderungen sicherzustellen. Politik und Verwaltung sind gefordert, diesen Prozess aktiv zu unterstützen

und die notwendigen Strukturen für eine nachhaltige Engagementförderung bereitzustellen.
(Ergänzung im Anhang unter Nummer 7)

Kontakt:

Dr. Gabriele Stilla-Bowman

Geschäftsführerin

Telefon: 0176 20 14 20 52

E-Mail: stilla-bowman@lnbe.berlin

Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin e.V.

Koordinationsstelle

An der Kolonnade 11

10117 Berlin

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Instagram](#) | [Facebook](#) | [LinkedIn](#)